



DIE WELT NACH CORONA (2): ZEITENWENDE?

von Dr. Jörn Quitzau

Wie wird die Welt aussehen, wenn die Corona-Pandemie eines Tages medizinisch vollständig überstanden ist? Werden Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zurückkehren zu der Normalität, die wir bis Anfang 2020 kannten? Oder erleben wir aktuell eine Zeitenwende und die Welt wird nach der Krise eine ganz andere sein? Von der Antwort auf diese Fragen hängt es unter anderem ab, wie schnell sich die Wirtschaft erholen kann und wie gut es gelingt, die sich nun auftürmenden Staatsschulden wieder abzubauen.

Manche Zukunftsforscher, Prognostiker und Aktivisten erwarten, dass die Krise das Verhalten der Menschen einschneidend verändern wird.¹ Der Lockdown werde eine Kultur des Verzichts herausbilden und die aktuelle Solidaritätswelle in der Gesellschaft werde zu einer anderen Art des Wirtschaftens führen. Das Zeitalter des Individualismus gehe ebenso zu Ende wie das Zeitalter „entfesselter“ Märkte. Und schließlich werde das Streben nach Konsum durch die verstärkte Suche nach Sinnstiftung verdrängt.

Noch befinden wir uns in einer frühen Phase der Pandemie. Wir wissen weder genau, wie schnell ein Impfstoff verfügbar und damit die medizinische Notlage beendet sein wird, noch wissen wir, wie tief der wirtschaftliche Einbruch gehen wird. Somit wissen wir auch nicht, wie lange der Ausnahmezustand andauert, in dem die Menschen sich gezwungenermaßen anders verhalten müssen, als sie es gewohnt sind. Gleichwohl halten wir es für recht unwahrscheinlich, dass die Menschen nach dem Ende der Corona-Krise nennenswert andere Präferenzen haben werden als vor der Krise und ihr bisheriges Leben dauerhaft auf den Kopf stellen wollen.

Graduelle Änderungen...

Selbstverständlich wird die Welt nach der Krise nicht einfach ein Abbild der Zeit vor dem Corona-Ausbruch sein. Auch ohne tiefgreifende Krisen wandeln sich Wirtschaft

und Gesellschaft ständig, also auch in normalen Zeiten. Die Corona-Krise hat nun zusätzlich Schwachstellen aufgedeckt, die neue Strategien von den Unternehmen und von der Politik erfordern. Es würde wohl niemanden überraschen, wenn der Staat größere Vorräte an medizinischer Schutzbekleidung anlegt, die während der Corona-Pandemie besonders knapp war oder ist – so wie es in auch strategische Ölreserven gibt, mit denen Deutschland bei einem kompletten Ausfall sämtlicher Ölimporte eine Vollversorgung für 90 Tage sicherstellen könnte.²

Politik und Wirtschaft werden sich anpassen an eine bisher abstrakte, nun aber konkret fassbare Gefahr. Der Trend zur De-Globalisierung des Gütersektors, der u.a. wegen des US-chinesischen Handelskonflikts schon vor der Corona-Krise begonnen hatte, bekommt dadurch eine zusätzliche Facette. Unternehmen werden ihre Produktionsstruktur und internationalen Lieferketten auf den Prüfstand stellen. Dabei ist eine teilweise Rückbesinnung auf lokale Lösungen wahrscheinlich. Die internationale Arbeitsteilung für handelbare Güter, die in der Vergangenheit zu Effizienzgewinnen geführt hat, wird damit ein Stück weit zurückgedreht. Das ist der Preis für weniger Störanfälligkeit, also für mehr Stabilität. Politik und Wirtschaft würden aber auf halber Strecke stehen bleiben, wenn sie sich allein auf eine neue Pandemie vorbereiten. Die nächste Krise wird wahrscheinlich einen anderen Auslöser als einen Virus haben. Deshalb wird die gestiegene Risikosensibilität vermutlich insgesamt zu mehr Vorsicht und Vorsorge in ganz unterschiedlichen Bereichen führen.³

² Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Energie/mineral_oel-oelbevorratung-transport-oelreserven.html

³ Im Allianz Risk Barometer 2019 sind Geschäftsunterbrechungen und Cyber-Vorfälle die beiden Top-Risiken. Als wichtigste Gründe für Betriebsunterbrechungen wurden erneut Cyber-Risiken, Feuer und Explosionen sowie Naturkatastrophen genannt. Eine Pandemie könnte man als Naturkatastrophe einstufen, allerdings wurde sie nicht explizit als Grund für Betriebsunterbrechungen genannt. Vgl. Allianz (2019), [Allianz Risk Barometer](#).

¹ Vgl. dazu beispielsweise Horx, Matthias (2020), [Wir werden lernen, mit weniger zu leben](#) oder diverse Podcast-Beiträge bei „Der achte Tag“.

In der Arbeitswelt werden sicher einige Dinge beibehalten, die sich während der Corona-Krise bewährt haben. Home Office, Videokonferenzen, Podcasts und Web-Talks dürften stärker eingesetzt werden als vor der Krise. Ein Abgang auf herkömmliche Vortragsveranstaltungen, Konferenzen oder persönlichen Besprechungen kommt dennoch zu früh. Vieles, was in der Krise funktioniert, funktioniert auch deshalb, weil bereits ein persönliches Vertrauensverhältnis oder eine intakte Kundenbeziehung bestand. Mit der Reputation, die über viele Jahre aufgebaut wurde, sind improvisierte Lösungen in der Krise viel leichter praktikabel. Persönliche Zusammenkünfte werden auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen.

Darüberhinaus werden einige Trends beschleunigt, die bereits seit langem erkennbar waren: Der Online-Handel und die Digitalisierung von Geschäftsmodellen erleben während der Corona-Pandemie eine Blütezeit. Trotzdem wird Einiges, was derzeit gezwungenermaßen nur digital angeboten werden kann, nach der Krise auch wieder einen Platz in der Offline-Welt finden. Wie wir derzeit erleben, lässt sich Live-Musik zwar online aus dem Wohnzimmer der Musiker in die Wohnzimmer der Fans übertragen. Das ändert aber wohl wenig daran, dass Musik wieder live vor Ort und als Gemeinschaftserlebnis – also als traditionelles Konzert – nachgefragt wird, wenn es wieder die freie Wahl zwischen beiden Optionen gibt. Insgesamt erwarten wir, dass die persönliche Begegnung wieder einen hohen Stellenwert haben wird, wenn ein Impfstoff gegen das Corona-Virus verfügbar ist.

... aber keine Zeitenwende

Graduelle Änderungen, mit denen neue Herausforderungen adressiert werden, bedeuten aber keine Zeitenwende. Insbesondere die Prognosen, die einen kollektiven Stimmungswandel in der Bevölkerung und kollektiv verändertes Verhalten erwarten, dürften auf Sand gebaut sein. Schon die These, dass die Gesellschaft gerade eine gemeinsame Krisenerfahrung macht, ist vordergründig zwar richtig, letztlich aber irreführend: Die Menschen sind in Deutschland und in anderen Ländern in sehr unterschiedlicher Weise mit der Krise konfrontiert: Unmittelbar betroffen sind vor allem die Erkrankten – viele von ihnen nur leicht, andere sehr schwer. Teile des Krankenhaus- und Pflegepersonals arbeiten am Limit und oft mit der Angst, sich selbst zu infizieren. Viele Selbständige müssen sich um ihre wirtschaftliche Existenz sorgen, manche Arbeitnehmer fürchten Arbeitsplatz- und Einkommensverluste, während für

viele Büro- und Verwaltungsangestellte die Krisenerfahrung weitgehend darin besteht, im Home Office zu arbeiten.

Die Bedeutung der Krise ist für die Bürger wohl viel zu unterschiedlich, als dass sich daraus eine große kollektive Idee ableiten ließe. Schon die globale Finanzkrise 2008/09 hat deutlich gemacht, dass eine systemische Krise niemand allein lösen kann, sondern dass es einer gemeinsamen Anstrengung bedarf. Wenn systemische Krisen aber vorüber sind, bilden sich üblicherweise die alten Verhaltensmuster wieder heraus. Die Mehrheit der Menschen verfolgt dann wieder die eigenen Interessen. Selbst die Finanzkrise und die dadurch verbreitete Aversion gegen das marktwirtschaftlich-kapitalistische System haben beim Großteil der Gesellschaft nicht zur Abkehr von ihren materiellen Wünschen geführt. Ebenso hat der Individualismus in den vergangenen Jahren eher zu- als abgenommen.⁴

Es ist nicht erkennbar, weshalb nach der Corona-Krise ein nennenswerter Teil der Bevölkerung freiwillig auf individuelle Freiheiten und materielle Wünsche verzichten sollte. Wir halten es für wahrscheinlich, dass die meisten Menschen nach der Krise im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten wieder konsumieren, reisen und das Leben genießen möchten. Das schließt ein bewussteres Empfinden der zurückgewonnen Lebensqualität, die vor der Krise noch als selbstverständlich eingestuft wurde, nicht aus. Aber genauso wie die Regeln des Ausnahmezustands nach der Krise verschwinden werden, wird sich auch das Verhalten der Menschen weitgehend normalisieren.

Kein Ausweg ohne Wachstum

Die Schutzschirme und Rettungspakete der Regierungen werden die Staatsschulden kräftig in die Höhe treiben. In Deutschland dürfte die Staatsschuldenquote von rund 60 % des BIP auf etwa 80 % steigen. Dank der niedrigen Zinsen und einer soliden Haushaltspolitik in den vergangenen Jahren kann sich Deutschland die Rettungsmaßnahmen und den damit verbundenen Schuldenanstieg leisten. Andere Länder benötigen dafür die Hilfe der Zentralbanken.⁵

Schuldenaufnahme beinhaltet immer das Versprechen, in Zukunft so viel zu leisten, dass der Kredit und die Zinsen zurückgezahlt werden können. Mit den neuen Schulden

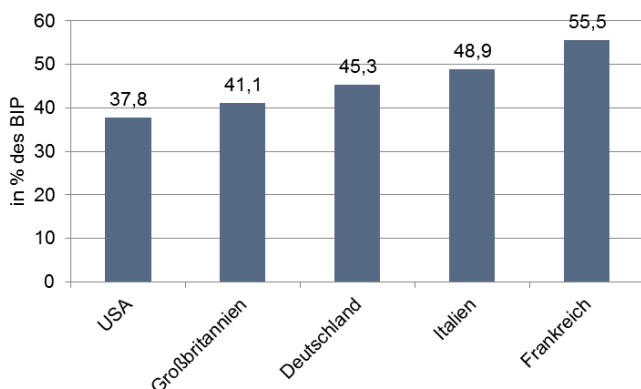
⁴ Vgl. dazu auch Reckwitz, Andreas (2017), Die Gesellschaft der Singularitäten.

⁵ Die geld- und finanzpolitischen Folgen der Corona-Krise werden wir in separaten Beiträgen dieser Artikelserie beleuchten.

verpflichten sich die Staaten also implizit auf künftiges Wachstum. Die Zeit nach der Corona-Krise wird deshalb durch eine Wirtschaftspolitik geprägt sein müssen, die das Wachstumspotential der betroffenen Länder erhöht. Prognosen über die Zeit nach der Corona-Krise sollten sinnvollerweise solche Nebenbedingungen berücksichtigen und nicht von idealisierenden Wunschvorstellungen geleitet sein. Gedankenspiele einer Postwachstumsökonomie, wie sie in den letzten Jahren in Mode gekommen waren, passen auf jeden Fall nicht mehr in die Zeit.

Schließlich bleibt die Frage nach dem Verhältnis von Markt und Staat. Während der Krise hat der Einfluss des Staates berechtigterweise massiv zugenommen, weil der Kampf gegen die Infektionswelle nicht vorwiegend mit privatwirtschaftlichen Maßnahmen organisiert werden kann. In Deutschland lag die Staatsquote, also der Anteil der Staatsausgaben an der Wirtschaftsleistung (BIP), im vergangenen Jahr bei rund 45 % (Abb. 1). In diesem Jahr wird die Staatsquote nach oben schießen, weil nicht nur die Staatsausgaben steigen, sondern gleichzeitig das BIP um voraussichtlich rund 7 % sinken wird. Trotzdem wird der wirtschaftliche Einfluss des Staates damit noch nicht vollständig abgebildet, weil nur Staatsausgaben erfasst werden, nicht aber Regulierungen. Somit wird sich der staatlich verordnete Shutdown – Verbot von Großveranstaltungen, geschlossene Geschäfte etc. – nicht in dieser Kennzahl niederschlagen.

Abbildung 1: Staatsquoten im internationalen Vergleich



Stand: 2019, für die USA 2018. Quelle: BMF, EU-Kommission.

Der Staatsanteil dürfte nach der Krise wieder sinken, denn das dringend benötigte Wachstum wird typischerweise in der Privatwirtschaft erzeugt. Der Rückzug des Staates könnte allerdings steinig sein. Nach 2008/09 war die Politik nun schon zum zweiten Mal als wichtiger Akteur in einer

historischen Krise gefragt. Die Politik könnte deshalb eine wichtigere Rolle im Wirtschaftsleben als zuvor für sich reklamieren. Zumal das Bundeswirtschaftsministerium schon seit Anfang 2019 nach neuen Wegen für die Wirtschaftspolitik sucht. Herausgefordert durch den internationalen Führungsanspruch Chinas und der staatlich gelenkten chinesischen Wirtschaft, sucht das Wirtschaftsministerium nach einer neuen Industriestrategie.⁶ Die Politik will es nicht mehr allein der Wirtschaft überlassen, zukunftsfähige Märkte zu identifizieren. Nachdem die Weltwirtschaft durch die Corona-Krise kräftig durchgeschüttelt wurde, dürfte die Politik umso mehr mitentscheiden wollen, welche Industrien aus strategischen Gründen vor Übernahmen geschützt oder mit staatlicher Förderung zu alter oder neuer Stärke finden sollen.

Unsere Berichte zu den volkswirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise:

[Gemeinsam gegen COVID-19: Schicksalstage für Europa](#) (21. April 2020), Dr. Holger Schmieding

[Die Welt nach Corona \(1\): Nach dem Shutdown](#) (16. April 2020), Dr. Jörn Quitzau

[Etablierte Währungen vs. Bitcoin: Corona-Krise zeigt Mängel der Bitcoin-Idee](#) (15. April 2020), Dr. Jörn Quitzau

[Keine Angst vor höheren Preisen](#) (10. April 2020), Dr. Jörn Quitzau

[Corona-Hilfspakete: Chancen, Risiken, Nebenwirkungen](#) (06. April 2020), Dr. Jörn Quitzau

[Wegen Corona-Krise: Vorerst geringere Aussagekraft der Inflationsrate](#) (30. März 2020), Dr. Jörn Quitzau

[Corona – Der nächste Schritt: Perspektiven schaffen](#) (25. März 2020), Dr. Jörn Quitzau

[Corona-Krise: Was kann die Wirtschaftspolitik tun?](#) (19. März 2020), Dr. Jörn Quitzau

[Wirtschaftliche Folgen der Corona-Krise](#) (16. März 2020), Dr. Holger Schmieding

⁶ Vgl. dazu etwa das Konzeptpapier „[Nationale Industriestrategie 2030 – Strategische Leitlinien für eine deutsche und europäische Industriepolitik](#)“.



IMPRESSUM

Makro-Team

Chefvolkswirt

Dr. Holger Schmieding | Chefvolkswirt
+49 40 350 60-8021 | holger.schmieding@berenberg.de

Hamburg

Dr. Jörn Quitzau
+49 40 350 60-113 | joern.quitzau@berenberg.de

London

Dr. Florian Hense
+44 20 3207 -7859 | florian.hense@berenberg.com

Kallum Pickering

+44 20 3465 -2672 | kallum.pickering@berenberg.com

New York

Dr. Mickey Levy
+1 646 949 -9099 | mickey.levy@berenberg.com

Roiana Reid

+1 646 949 -9098 | roiana.reid@berenberg.com

Themenseite Volkswirtschaft

<https://www.berenberg.de/volkswirtschaft/>

Berenberg Makro erscheint zu folgenden Themen:

Aktuelles
Geldpolitik
Konjunktur
Schwellenländer
► Trends
Währungen

www.berenberg.de/publikationen

Wichtige Hinweise: Bei dieser Information handelt es sich um eine Marketingmitteilung. Bei diesem Dokument und bei Referenzen zu Emittenten, Finanzinstrumenten oder Finanzprodukten handelt es sich nicht um eine Anlagestrategieempfehlung im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 34 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 oder um eine Anlageempfehlung im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 35 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 jeweils in Verbindung mit § 85 Absatz 1 WpHG. Als Marketingmitteilung genügt diese Information nicht allen gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit von Anlageempfehlungen und Anlagestrategieempfehlungen und unterliegt keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Anlageempfehlungen und Anlagestrategieempfehlungen. Diese Information soll Ihnen Gelegenheit geben, sich selbst ein Bild über eine Anlagemöglichkeit zu machen. Es ersetzt jedoch keine rechtliche, steuerliche oder individuelle finanzielle Beratung. Ihre Anlageziele sowie Ihre persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse wurden ebenfalls nicht berücksichtigt. Wir weisen daher ausdrücklich darauf hin, dass diese Information keine individuelle Anlageberatung darstellt. Eventuell beschriebene Produkte oder Wertpapiere sind möglicherweise nicht in allen Ländern oder nur bestimmten Anlegerkategorien zum Erwerb verfügbar. Diese Information darf nur im Rahmen des anwendbaren Rechts und insbesondere nicht an Staatsangehörige der USA oder dort wohnhafte Personen verteilt werden. Diese Information wurde weder durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft noch durch andere unabhängige Experten geprüft. Die in diesem Dokument enthaltenen Aussagen basieren entweder auf eigenen Quellen des Unternehmens oder auf öffentlich zugänglichen Quellen Dritter und spiegeln den Informationsstand zum Zeitpunkt der Erstellung der unten angegebenen Präsentation wider. Nachträglich eintretende Änderungen können in diesem Dokument nicht berücksichtigt werden. Angaben können sich durch Zeitablauf und/oder infolge gesetzlicher, politischer, wirtschaftlicher oder anderer Änderungen als nicht mehr zutreffend erweisen. Wir übernehmen keine Verpflichtung, auf solche Änderungen hinzuweisen und/oder eine aktualisierte Information zu erstellen. Frühere Wertentwicklungen sind kein verlässlicher Indikator für die künftige Wertentwicklung.

Zur Erklärung verwendeter Fachbegriffe steht Ihnen auf www.berenberg.de/glossar ein Online-Glossar zur Verfügung.

Datum: 20.04.2020

Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG
Neuer Jungfernstieg 20
20354 Hamburg
Telefon +49 40 350 60-0
www.berenberg.de
info@berenberg.de